

sagte, wenn das Einkommen eines Spitzenmanagers dreißig- bis vierzigmal höher liege als das eines Normalverdieners, dann hat das nichts mehr mit Leistung, sondern mit Macht zu tun.

Profite auf Kosten der Bürger heimsen die Monopole auch durch die von „ihrem Staat“ erteilten Rüstungsaufträge ein. Die von Bundeskanzler Kohl oft in den Mund genommene Losung „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ wird mit dem unlängst beschlossenen Etat für Verteidigung als Lüge entlarvt. Mit 1,7 Milliarden DM Zuwachs verfügt er über eine in der „jährigen Geschichte der BRD bisher noch nie erreichte Höhe von 54,5 Milliarden DM.

Unternehmerfreundliche Politik des BRD-Staates geht einher mit günstigen Abschreibungsmöglichkeiten und Steuergeschenken für die Monopole. So beträgt der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögen am Staatshaushalt der BRD nur noch etwa 25 Prozent. 1977 lag dieser Satz noch bei knapp 33 Prozent.

Wenn die Profitgier der Monopole durch den Staat täglich sanktioniert und gefördert wird, dann bleibt anderes auf der Strecke. Nie zuvor in den 40 Jahren dieses Landes wurde in so umfassendem Maße der Rotstift an die im gewerkschaftlichen Kampf gegen das Monopolkapital erzwungenen sozialen Zugeständnisse angesetzt. Gesundheitsreform, Rentenreform, Steuerreform, Streichungen aus dem Etat „Arbeit und Soziales“ und anderes mehr beweisen: Die Verschlechterung der Lage der Werktätigen infolge der Abwälzung der Krisenlasten ist Ausdruck dafür, daß sich die wirklich Herrschenden in Bonn, die Monopolherren, des Staates bedienen, um günstigste Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen.

Dr. Gabriele Rachel  
Institut für Internationale Politik  
und Wirtschaft der DDR

## BRD hält am harten Kurs der NATO in Europa fest

*Von führenden BRD-Politikern war im Vorfeld des im Mai 1989 durchgeführten NATO-Gipfeltreffens in Brüssel Protest gegen eine Modernisierung der NATO-Kurzstreckenwaffen zu hören. Wie ist das zu werten und wie ist in? Zusammenhang damit überhaupt die Rolle der BRD in der NATO einzuschätzen?*

Rudi Patzke

Propagandist, Grundorganisation Rat des Kreises Ueckermünde

In der Tat. Die von den USA angestrebte und bereits in Gang gesetzte Modernisierung ihrer nuklearen Kurzstreckenraketen hat in den NATO-Ländern, und besonders auch in der BRD, einen Widerstreit von Meinungen ausgelöst. Angefangen von Bundeskanzler Kohl bis hin zu anderen Politikern der gegenwärtigen Bonner Regierungskoalition wurden Bedenken gegen diesen Schritt geäußert. Haben wir es hier mit neuen „Friedensengeln“ zu tun?

Diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten. Die Äußerungen dieser Leute haben klare politische Hintergründe. Tatsache ist, daß für eine Modernisierung atomarer Kurzstreckenraketen zur Zeit in der BRD keine konsensfähige Mehrheit, weder in der Bevölkerung noch in der Regierungskoalition, zu erreichen ist. Das erkennen auch die regierenden Politiker der BRD. Ihre ablehnende Haltung in der Modernisierungsfrage ist, wie auf der 8. Tagung des ZK der SED festgestellt wurde, aus der Furcht geboren, daß sich das negativ auf die nächsten Bundestagswahlen in der BRD Ende 1990 auswirkt. Daran konnten die USA nicht vorbegehen. Denn es kann auch im Interesse der Wahrung ihrer politischen und ökonomischen Ziele in Westeuropa nicht in ihrer Absicht liegen, den wichtigsten europäischen Bündnispartner in politische Schwierigkeiten zu bringen. Das militärische und ökonomische Gewicht des

NATO-Partners Bundesrepublik Deutschland, so die Strategie der herrschenden Kreise in den USA, soll keine Destabilisierung erfahren.

Das NATO-Gipfeltreffen hat nun inzwischen stattgefunden. Sein Hauptziel bestand darin, ein abgestimmtes Handeln der NATO-Mitgliedsländer auf die vielfältigen Abrüstungsinitiativen und der damit erbrachten Vorleistungen der Staaten des Warschauer Vertrages zu erzielen. Die 8. Tagung des ZK der SED schätzte als Ergebnis dieses Treffens ein, „daß im beschlossenen ‚Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung‘ das Streben der NATO nach militärischer Überlegenheit gegenüber dem Warschauer Vertrag, die Bekräftigung der Politik der ‚nuklearen Abschreckung‘ und ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten dominieren.“

Was die Modernisierung der Kurzstreckenraketen betrifft, so wurde ein Kompromiß gefunden. Er sieht vor, Verhandlungen über die Abrüstung der taktischen Atomwaffen erst dann aufzunehmen, wenn bei den gegenwärtig laufenden Gesprächen in Wien zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages über die konventionellen Streitkräfte und deren Reduzierung vom Atlantik bis zum Ural ein Abkommen erreicht und mit seiner Realisierung begonnen worden ist.